

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für den Inhalt: Willi Blumhagen, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Baumann & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1111. — Für Abo 1917, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostamt-Nummer 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei den Ausgabestellen Vierteljährlich 3,45 Mk., monatlich 1,15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. Anzeigengebühr: die Tagesblätter 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restantenteil 50 Pf. 105 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfach Nr. 6358 Berlin.

Nr. 60.

Magdeburg, Dienstag den 12. März 1918.

29. Jahrgang.

## Der Daimler-Scandal.

Die Enthüllungen, die in der Freitagssitzung des Hauptauschusses über die Daimler-Motoren-Gesellschaft gemacht wurden, werden, so schreibt der „Vorwärts“ dazu, in Finanzkreisen keineswegs so übermäßig gewirkt haben wie in allen übrigen Volksschichten. Man wird nicht gerade gewußt haben, daß die Gesellschaft dem Unteranschluß oder der Bumba falsche Kalkulationen vorgelegt hat, aber man kennt seit vielen Jahren die außerordentlich großen Gewinne, die die Daimler-Werke erzielen, und die zu einer Steigerung des Wertpapiers des Kurzettels der Fall war. Ganz nach dem Schema der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, deren Generaldirektor, Geheimer Baurat von Gontard, im Ausschussrat der Daimler-Gesellschaft vertreten ist, und die an Daimler durch Aktienbesitz beteiligt sind, haben die Daimler-Werke seit Jahren den Grundsatz verfolgt, ihre hohen Gewinne den Aktionären nach Möglichkeit zu verheimlichen. Als schließlich in den Generalversammlungen der Gesellschaft eine

Gruppe von gewinnhungrigen Aktionären mit dieser Methode nicht einverstanden erklärte und den Prozeßweg zu beschreiten drohte, schritt die Gesellschaft im September 1917 zu einer Erhöhung des Aktienkapitals von 8 auf 32 Millionen Mark. Die Aktionäre erhielten die neuen Aktien zu einem Kurse von 107 Prozent, während die alten Aktien damals an der Berliner Börse mit etwa 1050 Prozent gehandelt wurden. Die Einzahlung der 107 Prozent geschah nur, weil die behördliche Genehmigung zur Aktienausgabe der Gesellschaft offenbar verweigert worden wäre, wenn sie, wie es früher bei andern Unternehmungen vielfach geschah, eine Emission von Gratisaktien, d. h. ohne jede Einzahlung vorgenommen hätte.

Durch die Einzahlung sollte auch der Einbruch erweckt werden, daß die Gesellschaft durch Kapitalbedarf zur Ausgabe von neuen Aktien veranlaßt werde. In Wirklichkeit kam es ihr aber nur darauf an, von den riesigen Gewinnen, die sie an den Lieferungen für die Heeresverwaltung erzielt hatte, einen größeren Teil als bisher zur Ausfüllung an die Aktionäre zu bringen.

Ein Verstecken war schließlich nicht mehr möglich, es, abgesehen von der starken Opposition in der Generalversammlung, bereits in der Bilanz vom 31. Dezember 1916 so große Abschreibungen erfolgt waren, daß alle Anlagen des Unternehmens, also die Gebäude, Maschinen, ja sogar die Grundstücke, die bekanntlich einer Abnutzung nicht unterworfen sind, mit dem gleichmäßig niedrigsten Bilanzwert von 1 Mark (!) eingestuft werden mußten. Daß es der Verwaltung der Daimler-Gesellschaft bei ihrer Kapitalerhöhung nicht darauf ankam, neues Geld für ihre Betriebe zu erhalten, geht schon daraus hervor, daß es bei einem so hohen Aktienkurs für sie viel vorteilhafter gewesen wäre, die neuen Aktien mit einem erheblichen Aufschlag auf den Parikurs den Aktionären zu überlassen, um sich durch diesen Ueberpreis (Agio) Reserven für die Zukunft zu schaffen. Obgleich der Zweck dieser Transaktion somit für jeden Sachmann vollkommen durchsichtig war, hatte die Verwaltung in dem Schriftstück, das die Kapitalerhöhung begründete, behauptet, es seien an die Gesellschaft neuerdings außerordentliche Ausgaben herangetreten, und da die finanzielle Unabhängigkeit und Beweglichkeit der Gesellschaft erhalten werden müsse, sei die Vermehrung des Aktienkapitals notwendig.

Man muß die Frage aufwerfen, weshalb Zweck eine so offensichtlich falsche Darstellung gehabt hat, und kann dabei nur zu der Vermutung kommen, daß nicht die Finanzkreise getäuscht werden sollten, sondern diejenigen Behörden, die der Gesellschaft Aufträge erteilten.

Es ist erahnlich, daß der Daimler-Gesellschaft die Genehmigung der Aktienausgabe zu einem so niedrigen Kurse nicht verweigert wurde, wie dies inzwischen in andern Fällen geschehen ist. Die Erteilung der Genehmigung zu einer Kapitalerhöhung sollte bei Aktiengesellschaften, die für den Staat arbeiten, nur nach besonders eingehender Prüfung der Verhältnisse erfolgen. Würde die Daimler-Gesellschaft ihr Kapital nicht oder nur in einem geringen Umfang vermehrt haben, so müßte sie damit rechnen, daß in den nächsten Jahren die Ausschüttung von

Dividenden in Höhe von 100 Prozent oder noch darüber unvermeidlich wäre. So hohe Dividenden müssen aber die Auftraggeber stutzig machen, auch wenn, wie es der vorliegende Fall leider beweist, diese nicht über hinreichende kaufmännische Kenntnisse verfügen, um Kalkulationen nachprüfen zu können. Die Daimler-Gesellschaft hätte sich wohl davor gehütet, durch sensationelle Dividenden Mißtrauen zu erwecken und würde wahrscheinlich eine Ermäßigung ihrer Verkaufspreise vorgezogen haben. Es ist ja in Finanzkreisen hinlänglich bekannt, daß die Verschleierung von Gewinnen gerade von den mit Behörden arbeitenden Werken nicht so sehr, wie in der Öffentlichkeit immer behauptet wird, zu dem Zwecke erfolgt, um Reserven für schlechtere Zeiten zu stellen, sondern um die Abnehmer der Erzeugnisse über die tatsächlichen Fabrikationsgewinne zu täuschen. Die Vorlegung falscher Kalkulationen hält sich also durchaus in dem Rahmen dieser von vielen Aktiengesellschaften geübten Dividendenpolitik, mag auch die am Freitag enthüllte Methode nicht gerade überall zur Anwendung gelangen. Mit andern Worten: die Gesellschaften rechnen mit der

kaufmännischen Unkenntnis der Behörden, und die Erfahrung lehrt, daß sie sich in ihrer Rechnung bisher nur selten getäuscht haben.

Der Ausschussausschuss des Reichstags setzte am Sonnabend die Aussprache darüber fort, wie unverantwortlich hohe Kriegsgewinne vermieden und, soweit sie bereits gezahlt worden sind, wieder zurückgezahlt werden könnten.

Dazu sind außer dem Antrag des Unter Ausschusses, daß der Reichskanzler durch eine Verordnung des Bundesrats ermächtigt werde,

in sämtlichen für den Heeresdienst arbeitenden Betrieben die Geschäftsbücher und andre für die Berechnung der Preise maßgebenden Unterlagen überwachen zu lassen,

noch folgende Anträge eingegangen:

I. Antrag Dr. David, Erzberger, Götter (Württemberg), Hoch, Kaden, Dr. Pflüger, Dr. Freiherr v. Rechenberg, Schürmer, Stöbe:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, alsbald die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, durch welche:

1. die Militarisierung der Betriebsleitung bei solchen für den Heeres- und Marinebedarf arbeitenden Betrieben angeordnet wird, welche durch übermäßige Preisberechnung die Interessen des Reiches schädigen;

2. diesen Betrieben für die Zeit der Militarisierung nur solche Preise gezahlt werden, welche die Verzinsung des investierten Kapitals von fünf Prozent gestatten.

II. Antrag Erzberger, Götter (Württemberg), Kaden, Dr. Pflüger:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, alsbald bei sämtlichen zentralen Beschaffungstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine Preisprüfstellen einzurichten.

Ueber die

Verhandlung im Hauptausschuss

informiert der nachstehende Bericht:

Herr Götter (Württemberg, Sp.) hob ganz besonders hervor, daß sehr vieles jaal sei in der Art, wie namentlich in der ersten Zeit des Krieges, zum Teil aber auch später, die Aufträge für Heer und Marine vergeben worden sind. Wenn derzeit hierüber volle Klarheit geschafft worden sei, werde man geradezu an räusliche Zustände erinnert werden. War es doch oft genug gewöhnlicher Geschäftsregeln nicht möglich, unmittelbar aus den zuständigen Stellen Aufträge zu bekommen, vielmehr drängten sich Schieber und Schmiecher dazwischen, auch wenn diese Leute bis dahin dem Handel völlig ferngeblieben hatten. Bereits vor 2 Jahren habe er hier im Ausschuss den Fall der Schneider Fabrik in Breslau vorgetragen. Die Firma habe einen ganz unbedeutenden Betrieb. Trotzdem sei ihr die Lieferung von Reittüchengewebefabrikaten im Betrag von 2 Millionen Mark zugewiesen worden. Sie habe den Auftrag einer leistungsfähigen Fabrik verkauft und dabei einen

Zuschlagssumme von 100 000 Mark

gemacht. Ueber diesen Fall habe seinerzeit der damalige Oberste, jetzige General v. Brischow mitgeteilt, daß der Firma der Auftrag entzogen worden sei. Diese Erklärung sei aber unrichtig, der Fall noch immer nicht bestritten. Wenn es sei die verhängte Untersuchung über den Fall des Kammerherren v. Schömann noch nicht gegeben worden. Darüber müßte aber Bericht gegeben werden. Die Öffentlichkeit müßte endlich erfahren, ob dieser Fall wirklich mit der Buße von 500 000 Mark abgetan

sein soll. Schließlich müsse auch das Urteil in Sachen der Maschinenfabrik Wiesbaden gründlich geurteilt werden. Bis jetzt liegen nur Zeitungsberichte vor, und die seien nicht immer zuverlässig. Das Reichsjustizamt sollte daher dem Ausschuss möglichst bald über das Urteil berichten. So wie die Sache sich jetzt darstelle, stehe das Urteil im schärfsten Widerspruch zu unserm moralischen Empfinden.

Trotzdem sollte sich der Reichstag nicht durch derartige Fälle verleiten lassen, Maßnahmen zu fördern, die mehr schaden als nützen würden. Dies sei von dem Antrag zu befürchten, der die Militarisierung der Betriebsleitung fordere. Wenn ein tüchtiger Generaldirektor auf diese Weise heseitigt werde, könne der Betrieb in seiner Leistungsfähigkeit geschädigt werden. Eine Verzinsung des Kapitals von nur 5 Prozent werde die Aktionäre schwer treffen, die die Aktien teuer gekauft haben. Wir dürfen aber nicht die Aktionäre für die Sünden des Generaldirektors strafen.

General v. Brischow suchte das Verhalten des Kriegsministeriums zu rechtfertigen. Bisher sei deshalb nicht gegen Betriebsleitungen wie die des Daimlerischen Betriebs mit schärfsten Maßnahmen vorgegangen, weil es zweifelhaft war, ob dazu die Bundesratsverordnung vom 12. Juli 1917 ausreiche. Allerdings räume das Gesetz über den Belagerungszustand der Militärverwaltung sehr weitgehende Befugnisse ein. Aber auch hier sei das Kriegsministerium nicht sicher gewesen, ob die Befugnisse in solchen Fällen anzuwenden seien. Die Daimler-Angelegenheit habe sich so lange hingezogen, weil die Preisprüfstelle alles getan habe, um die Preise in angemessenen Grenzen zu halten. — Sowohl in dem Falle, den der Abg. Müller (Sulda) mitgeteilt hat, als auch in dem Breslauer Falle seien die Aktien an die Staatsanwaltschaft weitergegeben worden. Daher könne eine Antwort erst dann erteilt werden, wenn das Verfahren gegen die Firma abgeschlossen ist. Das sei bisher noch nicht geschehen. In jedem Falle werde

mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen.

Sehr schwer sei es, das zuviel gezahlte Geld wieder zurückzubringen. Aber auch dieses soll versucht werden. Die Preisprüfstellen sollen weiter verbessert und geeignete Strafen für sie bejodigt werden. Auch werde erwoogen, ob nicht für alle Abteilungen eine gemeinsame Preisprüfstelle am zweckmäßigsten sei. Endlich sollen noch einmal alle Verträge unter Berücksichtigung der Dividenden jedes einzelnen Betriebs geprüft werden.

General Schuch erklärte sich mit dem Antrag des Ausschusses, der die neue Bundesratsverordnung verlangt, einverstanden. Jedoch wird es besser sein, das, was die neue Verordnung vorschreiben soll, der Verordnung vom 12. Juli 1917 hinzuzufügen. Gegen die Darstellung aber, als ob der Fall Daimler nur einer von vielen Fällen sei, müsse er sich wehren. Vielmehr handle es sich nur um eine ganz verhängnisvolle Ausnahme. Im allgemeinen müsse er anerkennen, daß sich unsere Industrie sehr verdient

gemacht habe um den siegreichen Verlauf des Krieges. Dasjelbe gelte von unsern Beamten und Offizieren, die mit diesen Angelegenheiten zu tun haben. Die Anträge, die die Militarisierung der Betriebsleitung und die Verzinsung mit 5 Prozent fordern, halte auch er für zu weitgehend. Die Industrien und Kaufleute, die im Kriegsministerium mitarbeiten, haben sich im allgemeinen bewährt. Diese Mitarbeit sei von den Abgeordneten oft geordert worden. Jetzt, da dieser Wunsch erfüllt werde, kommen dieselben Herren mit unbedingten Beschwerden darüber. Das Kriegsministerium werde sich auch nach dem Kriege die Mitarbeit derartigen Sachverständiger zu erhalten suchen.

Unterstaatssekretär Dr. Schwalb: Der

Herr v. Schömann

sei in dem vom Reichskanzler berufenen Ausschuss eingehend besprochen worden. Dabei sei auch mitgeteilt worden, daß das Landgericht es abgelehnt habe, das Strafverfahren zu eröffnen, daß dagegen Beschwerde eingelegt worden sei, und das Kammergericht die Eröffnung des Strafverfahrens verfügt habe. Das Verfahren schwebt noch. Herr Schömann sei der Vorsitzende des Kuratoriums des vom Reich unterstützten Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich gewesen. Er habe dies Amt vor einigen Tagen niedergelegt.

Herr Dr. Götter (Unabh. Sp.): Der Antrag des Ausschusses sei notwendig, damit für das Vorgehen gegen den Kriegswucher eine unbedingt zuverlässige Grundlage geschaffen werde und kein Gericht hierüber im Zweifel sein könne. Das zuviel gezahlte Geld sollte von den Beträgen für die weiteren Lieferungen abgezogen werden. Die notwendigen Kräfte für die Preisprüfstellen sollten derart herangezogen werden, daß man ihnen einen Teil des Geldes auszahlte, die sie durch ihre Aufopferungen dem Reich ersparen. Das Strafverfahren gegen die maßgebenden Herren vom Daimler-Betrieb sei unbedingt durchzuführen. Der Brief, in dem mit der Einschränkung des Betriebs, also mit dem Streite gedroht werde, enthalte

alle Tatbestandsmerkmale des versuchten Landesverrats.

Dieser müsse nun so scharf beurteilt werden, weil er es sich schuldig gemacht hat, die herangezogenen Kräfte für die Preisprüfstellen dem Staatsanwalt übergeben? (General v. Brischow bejaht dies.)

Schneidman von Simjan teilt mit, daß im Reichsjustizamt ein Gesetz vorbereitet werde, um der Reichsjustiz die zurückgebliebenen Gelder wieder zuzuführen. Gehört es ihnen, daß dafür nicht nur auf die Aktiengesellschaft selbst, sondern



auf die Aktionäre und deren Erben, soweit sie bereichert sind, zu übertragen werden soll.

General Schuch: Die Frage, wie die Industriellen und Kaufleute für ihre Tätigkeit in der Militärverwaltung zu bezahlen seien, sei schwierig zu beantworten. Man könne ihnen doch nicht mehr geben als den ihnen vorgelegten Beamten und Offizieren. Auch die vom Abg. Cohn empfohlenen Provisionen seien nicht ohne Bedenken. Ein Mittel, diesen Herren die Lust zur Mitarbeit zu erhalten, sei, daß man sie nicht ohne Grund beschuldige, daß sie ihre Mitarbeit in der Verwaltung zu ihrem Vorteil ausnützen. In dieser Weise sei Hofrat Böttner hier wegen der Stilllegung in der Textilindustrie angegriffen worden. Inzwischen sei festgestellt worden, daß der Herr an jenen Vorgängen gar nicht beteiligt gewesen ist.

Abg. Dr. Sühelmann erklärt: Dem Herrn sei nicht vorgeworfen, daß er seinen eignen Nutzen dabei gefördert habe. Sondern es seien die Klagen der oberfränkischen Textilindustrie wiedergegeben worden, daß sie bei der Stilllegung viel schlechter weggekommen sei als die Augsburger Industrie, der der Herr Hofrat Böttner nahestehe.

Abg. Schiele (konf.): Der Militärverwaltung müsse vorgeworfen werden, daß sie nicht schon längst gegen die zu hohen Preise bei Daimler vorgegangen sei. Im übrigen seien die Verhältnisse noch nicht so weit geklärt, um solche Vorwürfe gegen die Daimlersche Betriebsleitung zu erheben, wie es geschehen sei. Der große Verdienst der Fabrik habe doch auch so hohe Arbeitslöhne zur Folge gehabt, daß sich in der Bezahlung ein Kontingent mit einem Geheimrat vergleichen könne. Der Militarierungsantrag gehe zu weit. Auch sei es verfehlt, wenn den Fabriken die Verfügung über die Neubauten beschränkt werde, die mit dem Verdienst aus den Kriegslieferungen vollständig abgeschrieben seien. In den Neubauten sollen die Betriebe nach dem Kriege die für die Friedenswirtschaft notwendigen Maschinen herstellen. Deshalb müßten sie auch hier leistungsfähig bleiben.

Abg. Stöwe trat für die eingegangenen Anträge ein und wies auf das

Stand. Von russischen Zuständen könne daher hier nicht geredet werden.

Abg. Stubmann (natl.) und Abg. Dove (fortsch. Sp.) suchten nachzuweisen, daß der Militarierungsantrag bedenklich sei.

Damit war die Aussprache beendet. Ueber die Anträge wird in der nächsten Sitzung am Mittwoch abgestimmt. Am Schlusse der Sitzung las der Vorsitzende ein Telegramm vor, in dem das zionistische Agitationskomitee bittet, das Reich möge in den Friedensverhandlungen mit Rumänien die völlige Rechtsgleichheit der Juden in Rumänien festsetzen. Das Telegramm wird dem Auswärtigen Amte zugestellt.

Gerensverwaltung, wobei angeblich große Preisübersteigerungen vorgekommen sind. Wie behauptet wird, ist von Behr-Pinnow zusammen mit einem Teilhaber ein Geschäft abgeschlossen worden, das sich auf etwa 27 Millionen stellen soll, wobei ein Nutzen von 4 600 000 Mark verblieb. Dies gab zu Ermittlungen und schließlich zu gerichtlicher Verfolgung der Sache Anlaß. Nachdem der Richter erster Instanz die Anklage abgelehnt hatte, ist ihre Erhebung durch die höhere Instanz angeordnet worden.

### Die Folge der Aufdeckung.

Die Berliner Börse glück am Sonnabend einem aufgeschreckten Bienensturm. Einziges Gespräch: die Verhandlungen im Hauptauschub. Hauptpunkt der Besprechungen: der von allen Parteien eingebrachte Antrag, der eine staatliche Ueberwachung der Bücher bei allen Kriegsbetrieben einführen will. Wirkung: ein erheblicher Kursrückgang, der von den Rüstungswerten ausging, aber dann auch auf die andern Papiere überging.

Den schärfsten Rückschlag erlitten naturgemäß die Daimler-Kurse, er ist geradezu als panikartig zu bezeichnen. Die Aktien fielen um zwei Dritteln. Geringere Verluste hatten Rheinmetall, Deutsche Waffen, Köln-Mottweiler, Girsch Kupfer, Drenstein und Koppel. Wesentlich niedriger notierten ferner Sachjenwerk, Thale, Adlerwerke, Ganss Lloyd, Wenz, Auer, Dynamit und zahlreiche andre. Ein starker Rückgang zeigte sich auch bei Deutschem Erdöl und Steaua. Widerstandsfähig erwiesen sich heimische Bankaktien, einzelne Kaliwerke und die A. G. Auf der andern Seite wurden auch Bergmann- und Schiffahrtsaktien in die allgemeine Abwärtsbewegung mit hineingezogen.

Wenn das Wort von der feinen Witterung der Börse Geltung behalten soll, dann wird durch die Vorgänge das Wort Moskés, daß Daimler nicht vereinzelt dastehet, scharf unterstrichen.

### Der Kriegslieferant.

Der Staat, das ist ein Suppentopf! Der ihn nicht erkundlich leert, der ist wahr ein dünner Tropf und diesen Krieg nicht wert.

Ich halte durch, solange man will — doch geht's an den Profit, dann stehen meine Röder still, ich mache nicht mehr mit.

„Hoch Siepp!“ heißt das Feldgeschrei, solange's rentabel ist — doch in's mit dem Verdienst vorbei, so werd ich Pasipär.

Dann schließe ich behetzt das Haus und stell den Hummel ein — dann ist der Krieg auf einmal aus und aus die Nacht am Rhein!

Paulchen im „Vorwärts“.

### Der Kammerherr der Kaiserin.

In der Angelegenheit des Kammerherrn von Behr-Pinnow, gegen den die Erhebung der Anklage angeordnet worden ist, handelt es sich, wie der „Berl. Lok.-Anz.“ mitteilt, um die Lieferung von Säcken an die

# Was der Krieg bringt.

## 53000 Tonnen.

Künftig wird gemeldet: Eine unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Spick, hat unsere Gegner durch Zerstörung von 5000 Tonnenteiligeren Schiffsraum schweren Schaden zugefügt.

In glänzender beachteter Angriffen wurden in der Gegend der Trischen See unter erheblicher Gegenwirkung ein übersehbarer amerikanischer Fracht-Dampfer von etwa 10 000 Tonnen, ein Tankdampfer von etwa 5000 Tonnen und aus einem fast gesicherten Geleitzug das Schiffsgeleit von etwa 3000 Tonnen abgeschossen. Am Abend des 1. März torpedierte das Boot den von mehreren Zerstörern begleiteten englischen Hilfskreuzer „Salgarin“ von 1750 Tonnen. Da der Hilfskreuzer nicht sofort sank und von den Bewachungsjagden in Schleppe genommen wurde, griff es ihn, ausgerüstet mit dem alten Schießapparat der verholzten Schiffe herbeiziehenden Zerstörer und Bewachungsjagden erneut an und versenkte ihn durch einen zweiten Torpedo. — Die Zerstörung des Kreuzers „Salgarin“ wurde vor einigen Tagen bereits von englischer Seite gemeldet.

Unsere Unterseeboote haben im Spritzgebiet am Eingang des Brathorngürtelkanals Schiffsraum zerstört. Unter den versenkten Schiffen waren zwei Engländer, nämlich der brennende Dampfer „Delaware“ (2120 Tonnen) mit 3000 Tonnen Kohlen für die englische Flotte in Europa plus bestimmt und der brennende Dampfer „Largo“ (1761 Tonnen) mit 2100 Tonnen Kohlen für Belfast. Zwei weitere Dampfer, darunter einer von 4000 Tonnen, hatten als Beibung Kohlen und Öl an Bord.

## Bomben auf Paris.

In der Nacht vom 2. zum 3. März ist die Gegend Paris durch ein heftiges Bombardement erschüttert worden. Die Zerstörung für feindliche Bombenbeschießung auf die offenen Städte. Die Bomben und Bomben am 12. und 23. Februar, wie der letzte Bombardement war.

Das ist in der Nacht vom Freitag zum Samstag in Paris eingetroffen, denn man hat vorher „Paris“ (Morgens) erwidert, der über den ersten großen feindlichen Bombenangriff auf Paris berichtet.

Am 12. März wurde das große Bombardement gegeben. Die feindlichen Bomben wurden durch die Luftschiffe transportiert. Die Bomben wurden durch die Luftschiffe transportiert. Die Bomben wurden durch die Luftschiffe transportiert.

Der Bombardement war ein Erfolg zu sein. Die Bomben wurden durch die Luftschiffe transportiert. Die Bomben wurden durch die Luftschiffe transportiert.

Statt Papier fortgeschleudert. An einer andern Stelle war die Bombe durch die Stadtwerte hindurchgeschlagen. Die verurteilten Strafen waren gerade hinreichend für die gemeine Lallst der Strafen, um ihnen hier und da als Zerstörer zu dienen, so daß sie durch ihre Zerstörungen nehmen und das Ziel bei ihren Bombenwürfen wählen konnten. Nur immer darauflos zerstört in offenen Städten und Städten! Das ist die Formel der Bomben, die unzerstört bleibt.

Es tritt einige Minuten Ruhe ein, nachdem zahlreiche Bomben sehr liberall gefallen waren. Schon glaubt man, die feindliche Expedition hätte ihr Ende gefunden. Dem ist aber nicht so. Eine für den nächsten Morgen erwünscht werden? Im Gegenteil. Nach einer Pause von 10 Minuten bringen an 20 Explosionen den Feind zum Einsturz. Der Angriff ist nicht nur begonnen worden. Nur scheint diesmal die Wirkung verzögerter müderlich zu sein. Die letzten Bomben fallen auf die Straßen und veranlassen mehr oder weniger großen Schaden im Häuser und an Kanonen. Das ist die Zeit der Opfer auf den Straßen noch immer sehr groß.

Am 12 Uhr 40 Minuten gibt es eine neue Pause. Der nun folgende Angriff setzt mit einer neuen, noch größeren Festigkeit ein. Das ist die letzte letzten Minuten hatte man wieder die weißen Opfer zu schlagen. Wenn die Zerstörer sich allmählich gesammelt haben, machen sie eine Schwenkung. Erst um 120 Uhr tritt die Ruhe ein. Man streckt sich und denkt zur Ruhe gehen. Aber erst am nächsten Morgen konnte man sich ein Bild von der furchtbaren Zerstörung machen. In einer engen Straße waren die Häuser auf beiden Seiten mit ihrem ganzen Inhalt auf die Straße gestürzt. Manche Gebäude waren wie von einem Reiter durchgeschritten worden. Die Schuttberge sind wie ungeheuren, der Inhalt der Geschäfte ist fast auf den Straßen in einem riesigen Haufen zusammen. Im Hintergrunde von 200 Metern sind alle Häuser wie Pulver weggerastet worden, so daß man auf einem weiten Stadtplatz marschieren.

## Bucher in Papierstoffzeugnissen.

Der angehende Bucher in Papierstoffzeugnissen hat den Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu nachfolgender Eingabe an den Reichsfanzler veranlaßt:

Der Krieg hat auch innerhalb der Textilindustrie eine große Anzahl Erwerbslosigkeiten herbeigeführt. Den hervorragendsten Platz nimmt die Papiergarn- und -stoffherstellung ein. Nach dem Bruch des Festlandes und nach vollständiger Erprobung ist die Möglichkeit vorhanden, einen guten wachsbaren Stoff zu produzieren. Die Herstellung und fertigen Gewand herzustellen. Der Mangel an Rohmaterialien, insbesondere an Leinwand, erganzten glatte die Produktion, es konnte ihnen ganzen Bedarf nach Stoffen mit Hilfe der Papierherstellung abgedeckt werden. Allgemein glaubt man auch, daß es möglich sei, diese Ergänzungen zu entsprechenden Preisen an den allgemeinen Markt abzugeben. Leider haben sich beide Erwartungen nicht erfüllt. Die im Handel befindlichen Papierstoffe sind qualitativ jeder Art. Die Behauptung, es sei keine weitere Produktion bedingt eine schwere wirtschaftliche Schädigung und Lebensunterhaltung der Verbraucher.

Die Preise der aus Papier hergestellten Artikel sind im unerhörten Maße in die Höhe getrieben worden. Die im letzten ein kompetenter Stelle mitgeteilt wurde, kostet eine Tonne, die aus Rohmaterial hergestellt, einen Preis von 25 Mark hat, aus Papier hergestellt, 150 Mark. Als Ursache der hohen unerschwinglichen Preise bei Herstellung der denkbare wirtschaftlichen Qualität wird allgemein eine an Bucher gezogene Profitgier der im Jahre kommenden Industriellen bezichtigt. Die Gewinne der Papiergarn- und -stoff erzeugenden Unternehmungen sind unerschwinglich mit den Gewinnen der früheren

Rüstungsindustrie. In großen Vereinigungen zusammengeschlossen, verstehen sie es meisterhaft, die Not des Krieges materiell zu nützen. Die Behauptung, daß die Anschaffung teurer Maschinen, welche nach dem Kriege wertlos wären, die hohen Preise rechtfertigen, ist nicht begründet. Diese Maschinen sind in der Konjunkturjahre des Krieges längst bezahlt und verdient.

Dabei sind die Löhne der in der Papiergarn- und -stoff erzeugenden Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen außerordentlich niedrig, und systematisch werden sie niedrig gehalten. Der Beweis hierfür ist der Regierung schon längst erbracht.

Der unterzeichnete Vorstand hält es deshalb für seine Pflicht, gegen die elende Bezahlung der Arbeiter, die Benachteiligung des Publikums durch hohe Preise und dessen Benachteiligung durch schlechte Qualitäten ausdrücklichen Einspruch zu erheben und um Erzeuung zu bitten, durch energische Maßnahmen im Interesse der gesamten Bevölkerung der Praxis der Papiergarn- und -stoff erzeugenden Industrie entgegenzutreten zu wollen. In dieser Maßnahme dürfte auch die Beseitigung der von militärischer Seite den Unternehmern gegebenen Garantie der Abnahme ihrer Erzeugnisse und die gesetzliche Festlegung eines angemessenen Mindestlohns für Arbeiter und Arbeiterinnen gehören.

Ob's helfen wird? Wir haben schon so viel trübe Erfahrungen gemacht, wenn es galt, den Wucher zu bekämpfen, daß wir nicht eher an einen Erfolg glauben, ehe wir ihn sehen. Daß aber gerade auf dem Gebiet des Papierstoffwuchers mit einem Donnerwetter dazwischen gefahren werden müßte, bedarf nicht der nähere Begründung.

## Entscheidung der Nationalliberalen.

Am Sonntag hat in Berlin der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei jagt, um Stellung zu der preussischen Wahlrechtsvorlage zu nehmen. Das einleitende Referat erstattete der Vizepräsident des Reichstags Kaasche.

Landtagsabgeordneter Dr. Rohmann sprach im Sinne der Mehrheit der Landtagsfraktion. Nach längerer Aussprache, an der sich der Staatssekretär v. Kranze, Abgeordneter Boisch, Regierungsdirektor v. Sieber, Abgeordneter Fuhrmann, Abgeordneter Dr. Strejemann, Oberbürgermeister Strudmann, Landtagsabgeordneter Hausmann, Schmidhals, Abgeordneter Künzer, Staatsminister Dr. Friedberg, Regierungspräsident v. Campe und Geh. Hofrat Rebmann beteiligten, wurde folgende Resolution angenommen:

Der Zentralvorstand hält die Einführung des gleichen Wahlrechts für die Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus für eine Staatsnotwendigkeit und bittet daher die Landtagsfraktion unter Zurückstellung gewichtiger Bedenken, sich auf den Boden der Regierungsvorlage zu stellen.

Von den preussischen Mitgliedern des Zentralvorstandes gaben 64 ihre Stimme dafür, 21 dagegen ab. Von den übrigen Mitgliedern stimmten 40 dafür, 3 gegen die Resolution. Die Resolution wurde also mit insgesamt 104 gegen 24 Stimmen angenommen.

Ob sich die nationalliberale Landtagsfraktion nach dem Beschluß richten wird, ist allerdings eine andre Frage.



# Herrenrecht statt Volksrecht.

Dem im Freitag wieder zusammengetretenen Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses legte der Unterausschuß folgenden Wahlpflicht-Antrag vor:

§ 3: Jeder Wähler ist verpflichtet, sein Wahlrecht auszuüben. Zur Nichtausübung des Wahlrechts berechtigten: ernste Krankheit, unaufschiebbare und wichtige Geschäfte, sonstige besondere Verhältnisse, welche nach billiger Ermessen des Wahlkommissars eine gültige Entschuldigung begründen. Wer ohne einen der vorbeschriebenen Entschuldigungsgründe es unterläßt, sein Stimmrecht auszuüben, hat eine Ordnungsstrafe in Höhe eines Viertheils des Jahresbetrags der von ihm zu entrichtenden Staats Einkommensteuer, mindestens aber 5 Mark, zu zahlen. Die Ordnungsstrafe fließt in die Staatskasse. Sie wird mit der Staats Einkommensteuer eingezogen. Die Festsetzung der Strafe steht dem Wahlkommissar zu. Gegen die Festsetzung findet binnen 2 Wochen die Beschwerde beim Regierungspräsidenten statt, welcher endgültig entscheidet. Die Amtsgerichte haben auf Ersuchen bei der Beweiserhebung Nachhilfe zu leisten. Die durch eine Beweisaufnahme entstehenden haren Auslagen sind im Falle der Verurteilung dem Wahlberechtigten anzuerkennen.

Ein Fortschrittler: Je freier ein Wahlrecht, desto weniger seien solche Mittel notwendig. Voraussetzung für die Einführung der Wahlpflicht sei, den Sonntag als Wahltag festzusetzen. Die Vorschriften über die Entschuldigungsgründe seien zu wenig klar, daß die Entscheidung immer beim Wahlkommissar liege. Die Volkspartei stimme gegen den Antrag. — Ein Zentrumsbürgermeister kündigt an, daß seine Freunde für den Antrag stimmen werden. — Der Sozialdemokrat verlangt als Voraussetzung für die Wahlpflicht die Sonntagswahl und gesetzliche Verpflichtung des Arbeitgebers, seinen Angestellten die zur Ausübung der Wahl erforderliche Zeit zu gewähren. — Der Völkler spricht im Sinne der letzteren Forderung, lehnt aber die Sonntagswahl ab.

Minister des Innern Dr. Drews: Man könnte den Versuch machen. — Ein Konservativer spricht sich gegen die Festsetzung einer Höchststrafe aus. Hierdurch würden die Wohlhabenden bevorzugt. — Ein Freikonservativer erklärt, in der ersten Lesung für den Antrag zu stimmen, ohne seine Partei festzulegen. Die Sonntagswahl bekämpft er.

Nachdem noch ein Nationalliberaler die Sonntagswahl abgelehnt hatte, wurde der Antrag des Unterausschusses gegen die Stimmen der Fortschrittler, des Sozialdemokraten und Polen angenommen und der Zentrumsantrag auf Festsetzung einer Höchststrafe von 50 Mark abgelehnt.

Zur Frage der Einführung ständiger Wählerlisten wurde folgender § 4 eingefügt, dem die Regierung zustimmte: „Die zur Aufstellung der Wählerlisten erforderlichen Unterlagen sind von den Gemeinden zu sammeln und auf dem laufenden zu erhalten. Binnen 10 Tagen nach der Veröffentlichung des Wahlauswahrschreibens sollen die Wählerlisten fertiggestellt sein.“ Der Unterausschuß hatte den nationalliberalen Antrag abgelehnt, daß kriegsbeschädigte Wähler, welche infolge ihrer Verletzungen in der Bewegungsfreiheit behindert sind, von der Gemeinde auf deren Kosten in das Wahllotus zu überführen sind. Im Ausschuß zogen die Nationalliberalen den Antrag zurück, befehlten sich aber seine Wiedereinbringung in der zweiten Lesung vor.

Mit den weiteren ihm überwiesenen Angelegenheiten, insbesondere dem Verhältniswahlssystem, ist der Unterausschuß noch nicht zu Ende. Es wird nun die Beratung der Wahlrechtsvorlage abgebrochen, und der Ausschuß beginnt mit der ersten Lesung der dritten Verfassungsvorlage, des sogenannten Kompetenzgesetzes.

Finanzminister Dr. Fergt: Die einzelnen Vorschläge der Regierung stehen im engsten Zusammenhang miteinander. Das in seiner Zusammenfassung veränderte

## Herrenhaus muß mehr Recht erhalten.

Durch die Aenderung seiner Zusammenfassung werden die verschiedensten Berufsstände im Herrenhaus vertreten, und dieser Prästanzmacht soll der Staatsberatung nutzbar gemacht werden. Dazu muß das Herrenhaus aber auch eine erweiterte Zuständigkeit erhalten. Die Einrichtung des Unterstützungsausschusses besteht bereits im weiteren Umfang, als jetzt für Preußen vorgesehen wird, in Baden, Hessen und Württemberg. — Ein Zentrumsbürgermeister stimmt dem Grundgedanken zu, hält aber die von seiner Partei beantragte Ausführung für zweckmäßiger. — Ein Fortschrittler wendet sich gegen eine Erweiterung der Rechte des Herrenhauses, das auch ein Entwicklungshindernis werden könne. Der Zentrumsantrag geht sogar noch weiter und will ein Recht des Abgeordnetenhauses beseitigen. Wenn der Etat nicht rechtzeitig verabschiedet werde, könnte immer ein Notgesetz erlassen werden.

Finanzminister Dr. Fergt: Wenn das Verhältnis der Faktoren der Gesetzgebung zueinander bestehen bleiben sollte, so könne der Landtag nicht das Recht erhalten, ohne weiteres einzelne Staatspositionen zu erhöhen. — Ein Fortschrittler: Das Parlament darf sich nicht freiwillig ein Druckmittel gegenüber der Regierung nehmen lassen. — Der Sozialdemokrat begründet einen Antrag:

Artikel 62 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 Absatz 2 erhält folgenden Zusatz: Ist jedoch ein Gesekentwurf in zwei aufeinander folgenden Sitzungen dem Abgeordnetenhause angenommen, vom Herrenhause aber abgelehnt oder nicht zur Beratung gestellt worden, so wird er dem König ohne Rücksicht auf das Herrenhaus zur Genehmigung vorgelegt und gilt, wenn er die Genehmigung des Königs erhalten hat, als rechtsverbindliches Gesetz.

Konservative und nationalliberale Redner erklären sich gegen diesen Antrag, ein Volksparteiler billigt die Tendenz. — Man läßt sich Zeit. Das ist nach wie vor das Stichwort, unter dem man den Verlauf der Kommissionsverhandlungen über die Wahlrechtsvorlage zusammenfassen kann. Das zeigte sich besonders deutlich auch wieder am Beginn der Sonnabend-Sitzung, in der man sich zunächst eine reichliche halbe Stunde lang über die weitere geschäftliche Behandlung der Vorlagen unterhielt.

Es handelte sich im wesentlichen um folgendes: der Vertreter der Sozialdemokratie und die fortschrittlichen Kommissionsmitglieder forderten, daß die Kommission spätestens unmittelbar nach der zweiten Lesung der Vorlagen beginnen solle. Die zweite Lesung der Vorlagen beginnt am 22. März, die dritte Lesung am 29. März, die vierte Lesung am 5. April. Die zweite Lesung der Vorlagen beginnt am 22. März, die dritte Lesung am 29. März, die vierte Lesung am 5. April. Die zweite Lesung der Vorlagen beginnt am 22. März, die dritte Lesung am 29. März, die vierte Lesung am 5. April.

Man denke man dann überhaupt die Vorlage ans Herrenhaus bringen, wenn man sie endgültig verabschieden zu können?

Aber alle Vorstellungen der Linken waren vergeblich. Die Rechte und auch die Nationalliberalen blieben dabei, daß es ihnen im Laufe der nächsten zwei Wochen (so lange tagt das Plenum noch vor Ostern!) ganz unmöglich sein werde, vollständige Fraktionsstimmungen ihrer Parteifreunde herbeizuführen.

Der Vertreter unserer Partei appellierte zunächst an das Pflichtgefühl der Herren. Es war alles in dem Wind gesprochen, die Herrschaften blieben bei ihrer Weigerung.

Von den sachlichen Beschlüssen der Sonnabend-Sitzung ist jener hervorgehoben, der die Wahlprüfungen künftig der Kompetenz des Abgeordnetenhauses entziehen und dem Ober-

verwaltungsgericht übertragen will. Dieser Antrag ging von der Rechten aus; dieser Redner wies darauf hin, daß hier zweifellos parteipolitische Beweggründe im Hintergrund laueren, denn solange das Abgeordnetenhause eine konservative Mehrheit gehabt habe, habe die Rechte niemals einen derartigen Antrag gestellt. Die endgültige Entscheidung unserer Partei zu der Frage behalte er sich jedoch vor.

Der Antrag unserer Vertreter; bei Konflikten zwischen Abgeordnetenhause und Herrenhause dem ersten ein verfassungsmäßiges Uebereinstimmend darzulegen, daß seine Beschlüsse ohne weiteres Rechtskraft erlangen, sobald sie in zwei aufeinander folgenden Sitzungen gefaßt sind und die Zustimmung des Königs gefunden haben, wurde natürlich mit großer Mehrheit abgelehnt. Kommt es doch der Majorität des Ausschusses, einschließlich des Zentrums gerade im Gegenteil darauf an, die verfassungsmäßigen Rechte des Abgeordnetenhauses zugunsten des Herrenhauses

## nach Möglichkeit zu beschränken.

Sehr interessant war ein tatsächlicher Konflikt zwischen dem Zentrum und den Konservativen, der wieder einmal die ganze Strupplosigkeit der äußersten Rechten und ihres freikonservativen Anhängels zeigte: die Herren stimmten Mann für Mann gegen den sogenannten „Sicherung“-Antrag des Zentrums, der die heutigen Beziehungen zwischen Kirche und Staat sowie die konfessionelle Volksschule unter dem Schutz der Verfassung stellen will und für jede Abänderung aller dieser Gesetze künftig eine Zweidrittelmehrheit beider Kammern erforderlich machen will. Natürlich entspricht jachst dieser Antrag durchaus den konservativen Wünschen und Interessen. Er ist dem Zentrum zu danken, um so dem Zentrum die Zustimmung zum gleichen Wahlrecht selbst unmöglich zu machen, das es ohne diese famosen „Sicherungen“ unter keinen Umständen bewilligen will. Eine konservative Taktik, mit der die Herrschaften auch schon bei der Wahlrechtsvorlage des Jahres 1910 mit großem Erfolg operiert haben.

Schließlich wurde auch noch die heizumstrittene sogenannte „Mantel“-Bestimmung angenommen; das heißt: keine der drei Vorlagen kann Gesetzeskraft erlangen, ohne daß auch die beiden anderen gleichzeitig angenommen werden. Auch hier handelt es sich natürlich im Grunde genommen um nichts anderes als um ein durchsichtiges Manöver zur

## Bereitlung des gleichen Wahlrechts.

Und an diesem Manöver beteiligten sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Fortschrittler!

Nachdem man so ein paar Stunden lang im Schweige seines Angeführts Arbeit für die Reaktion geleistet hatte, vertagte man sich wieder einmal für eine Woche. Die nächste Sitzung soll keinesfalls vor kommendem Freitag stattfinden. Man läßt sich Zeit...

## Notizen.

Der Hilfskreuzer „Wolf“ ist am Sonntag nachmittag im Hafen von Lübeck angekommen, um dort einen Teil seiner wertvollen Ladung zu löschen. Das Schiff wurde bei seiner Ankunft von der Bevölkerung feierlich begrüßt.

Das Herrenhaus nahm am Sonnabend die Erhöhung der Eisenbahngütertarife an und erledigte eine Anzahl Denkschriften und Petitionen in einer Sitzung, die kurz gewesen wäre, wenn nicht der Oberbürger Rat Remb die sonderbare Idee gehabt hätte, den Bericht der staatlichen Bergwerksverwaltung mit einem üppigen Namenwort höchst gleichgültiger Bemerkungen zu einer 1 1/2 stündigen Rede auszuwalzen. Das Wohnungsgesetz wurde in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Die nächste Sitzung findet nach Ostern statt.

Der erste der Rebellen. Der Regierungspräsident von Schwert in Frankfurt an der Ober ist zurückgetreten, weil er den Anweisungen des Ministers in dessen Wahlrechtsverlaß nicht folgen will. Er will nicht für das gleiche Wahlrecht eintreten, das der König versprochen hat. Er will als Regierungspräsident weiter rein konservative Politik treiben. Und da er das nicht soll, so tritt er zurück. Wie viele werden ihm noch folgen?

Der Zusatzvertrag. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht den Wortlaut des deutsch-russischen Zusatzvertrags. Dieser behandelt in zehn Kapiteln folgende Fragen: 1. Wiederannahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, 2. Wiederherstellung der Staatsverträge, 3. Wiederherstellung der Privatrechte, 4. Ersatz für Zivilschäden, 5. Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, 6. Fürsorge für Rückwanderer, 7. Amnestie, 8. Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Kaufmannschaften und Schiffstaben, 9. Organisation des Spitzbergen-Archipels, und jetzt 10. in den Schlussbestimmungen fest, daß der Zusatzvertrag, soweit darin nicht ein anderes bestimmt ist, gleichzeitig mit dem Friedensvertrag in Kraft tritt.

Eine Schiffsbau-Gesellschaft. In Berlin ist die Gründung der „Odhin“, Deutsche Schiffsbau-Gesellschaft m. b. H., vollzogen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Hebung und Vertiefung von Schiffen, Schiffsteilen und Ladungen, auch kann der Geschäftsbetrieb auf Vergütung von Schiffen und Ladungen ausgedehnt werden. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 5 Millionen Mark. Hauptgeschäftsleiter ist die Deutsche Versicherungsbank G. m. b. H. in Berlin. Im übrigen haben sich im wesentlichen die deutschen Transport-Versicherungs-Gesellschaften mit Kapital beteiligt, daneben einige österreichische und holländische Firmen sowie eine Maschinenfabrik. Die Gesellschaft besitzt bereits einen Schiffsbau von fünf Spezialschiffen, darunter zwei mit den neuesten technischen Errungenschaften ausgerüstete Seebeschiffe von circa 600 Brutto-Register-Tonnen. Der Geschäftsbetrieb wird sofort bei Eintritt günstiger Witterung aufgenommen. Es liegen bereits mehrere ausfahrtsreiche Hebungprojekte vor.

Ein Feldgerichts-Urteil. Der Feldherr Kommandant Formlowitz in Egenhofen ist durch Urteil des Feldgerichts des Militär-gouvernements Egenhofen vom 21. Februar 1918 wegen Verstoßes gegen eine Verordnung des Generalgouverneurs von Ostpreußen zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Es hat öffentlich vor einer Versammlung von Zeugnissen und zu Widergesichts gegen die deutschen Behörden und zu Ungunsten gegen Verordnungen und Anordnungen der deutschen Militärbehörden aufgeführt. Das Gericht hat ihm widerstande Urtheile zugestimmt, da er andernfalls hätte zum Tode verurteilt werden müssen.

Reine Schmelzung Argentinas. Einem Kaiserlichen Blatt zufolge wird der „Times“ aus Buenos Aires gemeldet, die Nachricht von der Rückkehr des Gesandten Haan nach Washington habe Erwartungen wachgerufen, die sich wahrscheinlich nicht erfüllen werden. Die bisherigen Ergebnisse der Wahlen bedeuten einen Sieg der bisherigen auswärtigen Politik Argentiniens, die auf strikte Neutralität gerichtet war.

Die neue Hauptstadt Russlands. Die Kaiserliche Regierung kündigt die bevorstehende Verlegung der Hauptstadt von Moskau an. Petrowsburg soll als Frei-Stadt erklärt werden.

Die Rumänen räumen die Balkane. Aus dem österreichischen Kriegs-Korpsquartier wird gemeldet: Den Bestimmungen des Friedensschlusses mit Rumänen zufolge räumen die Rumänen seit dem 7. März die von ihnen bisher noch besetzten Gebiete der Bukowina. Von den ihnen nachrückenden eigenen Detachements zog am Nachmittage des 7. März ein österreichisch-ungarisches Bataillon in Anwesenheit eines Divisionskommandanten in die Stadt Sereth ein.

Die Verhandlungen mit Rumänen. Am Freitag fand im Schloße Cotroceni bei Bukarest eine Vollziehung der Friedenskonferenz statt unter dem Vorsitz des bulgarischen ersten Delegierten Herrn Konischeff. Herr Konischeff, so wird hierüber durch Wolffe Bureau gemeldet, gab dem Wunsch Ausdruck, die Verhandlungen nach Möglichkeit zu beschleunigen. Der rumänische erste Delegierte schloß sich diesem Wunsch an. Um diesem allseitigen Begehren Rechnung tragen zu können, schlug Herr Argelesianu vor, es möge ihm möglichst sofort eine zusammenfassende Aufstellung sämtlicher Forderungen der verbündeten Mächte schriftlich mitgeteilt werden, damit er dieselben persönlich seiner Regierung vortragen könne. Entsprechende Mittelungen sind Herrn Argelesianu am Freitag gemacht worden. Er ist nach Jassy abgereist. Seine Rückkehr wird für nächsten Donnerstag erwartet. Inzwischen sollen unverbindliche Besprechungen auf technischem Gebiet mit den übrigen vollständig zurückgebliebenen Mitgliedern der rumänischen Delegation fortgesetzt werden.

Friedensverhandlungen mit der Republik Kaukasus. Aus Konstantinopel wird amtlich gemeldet: Eine aus drei Mitgliedern bestehende osmanische Abordnung wird sich dieser Tage nach Trapezunt begeben, um dort mit einer Abordnung der Regierung der Republik Kaukasus Friedensverhandlungen einzutreten. Es handelt sich hierbei, wie eine weitere Meldung aus Konstantinopel besagt, um Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und der ihr benachbarten neuen Republik Kaukasus.

Vertrauensvotum für Clemenceau. Nach einer Aussprache über die Interpellation Constante wegen der Verantwortlichkeit der Regierung und der im Bols-Prozess erfolgten Wählstellungen und nach einer Kriegserklärung Clemenceaus hat die französische Kammer in einer Tagesordnung der Regierung mit 400 gegen 75 Stimmen ihr Vertrauen ausgedrückt.

Tagung der belgischen Kammer in Paris. Aus Paris wird gemeldet, daß auf Veranlassung der Regierung in Le Havre die Einberufung der belgischen Kammer nach Paris erfolgt. Die Regierung will sich über die Ansichten der Volksvertretung hinsichtlich der Erklärungen des Grafen Serling Klarheit verschaffen. In der Kammertagung werden alle in England, Frankreich und Holland lebenden Deputierten sowie alle Mitglieder der Regierung teilnehmen. In diplomatischen Kreisen mißt man der bevorstehenden Kammertagung große politische Tragweite bei, da Beschlüsse gefaßt werden sollen, die für die Zukunft Belgiens von entscheidender Bedeutung sein können.

## Die Unruhe im Westen.

B. Z. B. Großes Hauptquartier, 10. März 1918. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die englischen Erkundungsvorstöße dauerten an; stärkere Abteilungen brachen südlich von Monchy vor. Bei ihrer Abwehr wurden Gefangene gemacht. Am Abend vielfach auflebender Feuerkampf.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südlich von Reims brangen Sturmtruppen in die feindlichen Gräben und brachten Gefangene zurück. Erhöhte Gefechts-tätigkeit beiderseits von Ornes.

#### Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nordwestlich und westlich von Amiens am Abend rege Feuer-tätigkeit der Franzosen. Nach mehrstündiger Artillerie-beraubung griffen starke feindliche Abteilungen am Nachmittage zwischen Anceville und Labonville an und drangen teilweise in unsere vorbera Gräben ein. Vor unseren Gegen-sätzen zog sich der Feind in seine Ausgangsstellungen zurück. Württembergische Sturmtruppen, nassauische Landwehr und Flammwerfer nahmen bei einem Vorstoß in die französischen Stellungen südwestlich von Maricourt einen Offizier und 36 Mann gefangen.

In den beiden letzten Tagen wurden 28 feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen. Jagd-flügel Boelle brachte ihren 200. Gegner zum Absturz.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

### Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

## Blitzzeichen der Kathedrale.

B. Z. B. Großes Hauptquartier, 11. März 1918. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artillerie- und Minenwerfer-tätigkeit lebte am Abend vielfach auf. Rege Erkundungstätigkeit hielt an. Eine Abteilung drangen an mehreren Stellen der flandrischen Front, in der Gegend von Armentières und auf dem westlichen Rand-ster in die feindlichen Gräben ein und brachten Gefangene und Maschinengewehre zurück. Bei einer deutschen Unternehmung nordöstlich von Reims trat wiederum eine in letzter Zeit mehrfach beobachtete, auf der Kathedrale von Reims eingerichtete Blitzkette der Franzosen in Tätigkeit.

Hauptmann Ritter von Lattig und Leutnant Büchhoff erlangten ihren 27. Oberleutnant Bethege seinen 20. Lusttag.

### Osten.

Feindliche Banden wurden bei Radomisch (nordöstlich von New) und bei Rosjelana (an der Bahn Smertala—Daska) zerbrut.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

### Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

## Depeschen.

### Die Preise des „Wolf“-Kost.

B. Z. B. Großes Hauptquartier, 11. März. Der „Wolf“-Kost ist heute früh flittig gemacht worden.



Abgabe der Isafertarten.

Die Ausgabe der Isafertarten für die Zeit vom 17. März bis einschließlich 16. April findet von Donnerstag den 14. bis Sonntag den 16. März statt...

Kräftige Ware Pfäumen, Birnen, Äpfel Hochstämmige, Halbstämmige, Spaltiere, Pyramiden...

Otto Seyned M.-Cracau Gärtnerei

Hausfrauen-Verein Neuer Weg 1/2.

Unsere diesjährige Frühjahrs-Ausstellung ist von Freitag den 15. März bis Sonntag den 17. März...

Realgymnasium, Brandenburger Str. 3a. Aufnahmeprüfung

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Elektrische Anlagen elektrische Lampen elektrisches Material

Endwig Brandt

Alex Friedländer Zahn-Atelier

Danfagung. Ich möchte hiermit herzlich danken...

Otto Bolze und Frau.

Siedrich Straube

Max Klewitz

Obstbäume

Obstbäume

Obstbäume

Obstbäume

Stephanshallen. Täglich abends 7 Uhr Sonntag ab 8 Uhr nachm.

Stadt-Theater. Dienstag den 12. März Simon von Lenos.

Wilhelm-Theater. Heute und folgende Tage der große Schlager

Fürstentum-Theater. Heute 7 1/2 Uhr: Der spanische Roman von S. George-Rohler

Marie, die Tochter des Regiments.

Gehen Ihre Uhren nicht? Reparaturen jeder Art.

Zöpfe Haar

Kaufe Handkappe

Max Klewitz

Kette

Obstbäume

Obstbäume

Obstbäume

Obstbäume

Kammer-Lichtspiele. Das trennende Band (Die Stimme des Toten)

Panorama. Die schleichende Gefahr

Tonbild-Theater. Der verkaufte Schlaf

Weißer Wand und Colosseum. Betyaren-Liebe

Billiges Brennholz (Liefere)

Hausmannsrau

Dachdecker

ZENTRALTHEATER. Die Dienstag Der letzten Mittwoch Soldat

Arbeiterinnen und Säckerfortierinnen

Dehoff-Schnecke. Am Donnerstag den 14. März Benefiz und Ehrenabend

Tüchtigen Schleifer und Schmied

Casino Theater Varieté. Das Weltstadt-Festprogramm!

Schlosser

Alkoholfreier Punsch à Liter 2.25

Automobil-Monteurs und -Schlosser

Arbeitsmarkt

Melterer Dreher

Schneider

Schneider

Schlosser und Dreher

Schneider

Schneider

Schmiedegesellen

Schneider

Schneider

Richard Dresler

Schneider

Schneider

Malergehilfen

Schneider

Schneider

Zuverlässiger Nachtwächter

Schneider

Schneider

Zuverlässiger Nachtwächter

Schneider

Schneider

Zuverlässiger Nachtwächter

Schneider

Schneider

Zuverlässiger Nachtwächter



## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 11. März 1918.

### „Rationierung“ des Wohnraums.

Wir nähern uns dem Frühjahr-Quartalswechsel, damit einem wichtigen Umzugstermin. Das Suchen nach Wohnungen ist in diesen Wochen eine wilde Jagd geworden, ein wahnsinniges Wetrennen. Es werden keine Wohnungen angeboten, aber sehr viele gesucht. Die Wohnungsuchenden bieten in den Zeitungen hohe Belohnungen an für den Nachweis von Wohnungen und sind jedenfalls auch zu andern Opfern bereit. Denn die Aussicht, mit der Familie auf der Straße zu liegen, ist durchaus nicht verlockend.

Trotzdem der Magistrat die Einrichtung von Kleinwohnungen zu fördern sucht, Baracken für Wohnzwecke aufstellt, Schulen zu Wohnungen einrichtet, ist doch die Wohnungsnot nicht zu beseitigen. Es werden zum 1. April in Magdeburg trotz aller Maßnahmen des Magistrats weit über hundert Familien ohne Wohnung sein. Man sucht in letzter Stunde Räume zu schaffen in leerstehenden Geschäftsräumen. Ob es gelingt, alle Obdachlosen unterzubringen, ist eine große Frage.

Um dieser Not zu steuern, die nicht nur in Magdeburg besteht und auch nicht nur vorübergehend herrscht, hat man außer Maßnahmen, wie sie erwähnt sind, noch mancherlei Vorschläge gemacht. Es soll für die Dauer von fünf Jahren in Preußen zunächst ganz allgemein die Erlaubnis zum Wohnen in Keller- und Dachräumen erteilt werden. Das preussische Ministerium des Innern hat in diesem Sinn einen Erlass an alle ihm untergeordneten Stellen in Aussicht genommen. Der Deutsche Wohnungsausschuss sagt durchaus zutreffend, der Weg, der hier vorgezogen sei, sei der sicherste, um mit Bestimmtheit zu einer ungeheuren Verbreitung der Tuberkulose zu kommen. In Berlin will man Keller- und Dachwohnungen vor allem den heimkehrenden Kriegern und ihren Familien zur Verfügung stellen.

Ingeachtet dieser trappen Not und all der festsitzen Vorschläge zu ihrer Milderung ist es merkwürdig, daß noch keine weiße Herde auf die Wohnungen aufmerksam wurde, die ganze Etage und ganze Häuser umfassen. Die heimkehrenden Krieger, die Haus und Herd verteidigten, ihre Angehörigen sollen in Dach- und Kellerwohnungen untergebracht werden, Kriegsgewinnern und andre mit Glücksgütern begünstigt aber machen sich in Villen breit. Es gibt Wohnungen, die bewohnt werden von drei oder vier Personen und dabei 12, 15, 20 und mehr Zimmer umfassen, sie könnten neben der Herrschaft noch bequem drei oder vier Arbeiterfamilien Raum geben. Und die „Herrschafft“ kommt dabei noch bequem, sauber und gesund wohnen. Manche Villa, die in der Hauptsache nur Möbel beherbergt, würde ihren Zweck besser erfüllen, wenn mehr Menschen in ihren Räumen haften.

Die „Rationierung“ des Wohnraums, die vernünftige Zuteilung und Verteilung der Lebensmöglichkeit würde gewiß einen Sturm der Entrüstung entfachen bei allen denjenigen, bei denen der Krieg, mit seinem sozialen Elend noch immer nicht über die Türschwelle gekommen ist. Wo aber die Zukunft eines Volkes und eines Landes auf dem Spiele steht, kann auf sozialistische Lebensgewohnheiten einer vom Glück begünstigten Schicht keine Rücksicht genommen werden. Es kann nicht den Möbelen reicher Leute mehr Wohnrecht eingeräumt werden — Menschen brauchen ja zumeist die zahlreicheren Zimmer gar nicht —, als arbeitenden Männern und Frauen und heranwachsenden Kindern.

Heizmaterial und Nahrung sind rationiert, über die Arbeitskraft der Arbeiter verfügt der Staat. Nun soll er auch über den Raum zum Wohnen verfügen. Durchführbar ist das sehr gut.

Die 6. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet am Donnerstag den 14. März, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Rathaus der Altstadt statt. Unter den 16 Verhandlungsgegenständen für die öffentliche Sitzung stehen folgende Haushaltspläne zur Beratung:

des Stadttheaters, der städtischen Polizeiverwaltung, des städtischen Grundbesitzes, der städtischen Güterverwaltung, des Vermögens- und Schuldenverwaltung, der Straßenreinigung und der Schutt- und Müllabläufe, der Armenkasse und des Versorgungsheims, des Wohlfahrtsamts und des städtischen Kinderheims, der Hochbauverwaltung und des Kanalbetriebs und der Pumpstation.

**Jugendbund „Freiheit“.** Bildungsberein für die arbeitende Jugend von Magdeburg und Umgegend. In dieser Woche finden die ersten Mitgliederversammlungen der Bezirksgruppen statt. Wilhelmstadt am Dienstag bei Köppling, Große Diesdorfer Straße 201; Neue Neustadt am Mittwoch im „Weißen Hirsch“, Friedrichsplatz 2; Sudenburg bei Grzech, St. Michael-Straße 16; Neue Neustadt am Donnerstag Georgenplatz 10; Buchau in der „Thalia“, Dorotheenstraße 14; Altstadt am Freitag Georgenplatz 10. Anfang der Versammlungen pünktlich 1 $\frac{1}{2}$  Uhr. Die Mitglieder müssen vollständig erscheinen.

**Unfälle.** Am Sonntag nachmittag geriet der Postkutsche Nr. 12 wohnende Schüler Erich G. beim Spielen in der Poststraße unter einen eisernen Kohlenbunker und erlitt einen Bruch des linken Unterarms. — Am Abend desselben Tages fiel der Arbeiter Wilhelm K. im Hause Wasserstraße Nr. 7 von der Kellertreppe und zog sich einen Bruch des rechten Knöchels zu. Beide Verunglückte fanden Aufnahme im altstädtischen Krankenhaus.

**Sifflös aufgefunden.** Am Sonntag abend wurde der Arbeiter Karl L., Al. Steinertstraße Nr. 1 wohnhaft, auf einer Wiese in der Nähe des Restaurants „Lillys Berge“ sifflös und mit anscheinend innern Verletzungen aufgefunden. Da eine Vernehmung über die Ursachen nicht möglich war, wurde der Gefundene zunächst nach dem altstädtischen Krankenhaus gebracht.

**Gestohlen wurden** in der Nacht zum 7. aus einer Gartendörse an der verlängerten Braunsdörfer Straße drei Hühner und Kaninchen; am 7. aus einer Wohnung in der Fürstentwallestraße ein rotes und ein braunes Tüllkleid; am 8. d. M. aus einer Wohnung in der Lüneburger Straße eine Korbwaage, Eier, Bonbons und Würfelzucker; aus einem Keller in der Hofeisenstraße 1 $\frac{1}{2}$  Zentner Kartoffeln; in der Nacht zum 9. d. M. aus Gartenparzellen am Waldweg, Güterweg und an der Hasendorfer Straße mehrere Enten, Hühner, Kaninchen und ein Leinwand; aus verschiedenem Keller in der Trojer und Wittenberger Straße mehrere Zentner Kartoffeln; aus dem Fabrikraum eines in Budau gelegenen Fabrik zwei Dreibeinertische, 8 und 9 Meter lang, 9 und 10 Zentner breit; am 9. d. M. im Wartesaal des hiesigen Hauptbahnhof ein schwarzer Herren-Duchmantel mit blauem Reifragen; in der Nacht zum 10. d. M. aus einem Schrankkasten der Kaiserstraße nach Zerstörung der Schloß zwei Korsetts und ein Hülfenhalter; aus Gartenparzellen in Lemsdorf und an der Umfassungstraße Enten, Hühner und Kaninchen.

**Ein raffiniertes Dieb.** Am 23. Februar erschien in einer Wohnung im Knochenhauerer ein angeblicher Schlosser W. Hartmann aus Giebichen zum Besuch bei der Inhaberin. Während dieser kurzen Zeit das Zimmer verließ, verstand es der Mann, die in der Wohnung zurückgebliebene 7jährige Tochter über den Aufwahrungsort des Geldes der Mutter auszufragen, worauf er sich an dem Kleiderschrank, in welchem das Geld verwahrt wird, zu schaffen machte. Nach dem Fortgange der Person bemerkte die Wohnungsinhaberin, daß ihr aus dem Kleiderschrank eine schwarzlederne Brieftasche, enthaltend 830 Mark, gestohlen worden war.

**In Faust genommen** wurden der Arbeitsverleiher Bertold Ludwig aus Odenstedt, der sich, wie berichtet, am 1. d. M. von einer Frau im Knochenhauerer zwei Flaschen Cognac unter der falschen Angabe, er komme im Auftrag einer hiesigen Schaftwirin, erschwindelt hatte, sowie der mehrfach vorbestrafte Arbeiter Emil Schulz von hier, der ihn zu dem Betrag verleitete und beim Verkauf der Flaschen behilflich geleistet hat. Beide haben die Flaschen an einen Keller in einer hiesigen Schaftwirtschaft verkauft und den Erlös für sich verbracht; der Arbeiter Wilhelm Kuch aus Südost und der Fleischschmied Hermann Rühse aus Budau, die in letzter Zeit gemeinschaftlich mit dem inzwischen zum Herzdiener eingezogenen Arbeiter Karl Groß aus Südost in diesem Stadtteil und Budau Diebstähle in Käden sowie an lebenden Tieren ausgeführt haben. Etwa 10 Diebstähle konnten ihnen nachgewiesen werden. In der Wohnung des Kuch wurden 50 Pakete Brandkaffee-Ersatz vorgefunden, deren Herkunft noch nicht festgestellt werden konnte.

## Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Eine Festvorstellung der stellvertretenden Intendantur des 4. Armee-Korps zugunsten der Kriegspatrioten der Stadt Magdeburg fand am Sonntag im Stadttheater statt. Die Ausführenden waren neben dem städtischen Orchester, dem Stadttheater-Ballett und einer kleinen Reihe von Berufskünstlern im ersten Teile des Programms eine Anzahl von Dilettanten, welche ihr Können vor einem dankbaren Publikum zur Geltung brachten. Eine sachliche Kritik halten wir in Anbetracht des Zweckes der Veranstaltung für nicht angebracht. Der zweite Teil des Programms brachte ein Aufführung von „Wallensteins Lager“, und hier mußte man das organisatorische und regieartistische Geschick des Direktors Vogeler bewundern, der ein völlig Bühnengewandenes Darstellermaterial so weit schulte, daß die Vorstellung zu einer recht achtbaren Höhe gelangte. Das, aufscheinend gut besetzte Haus applaudierte lebhaft.

**Konzerte.** Die Kritik hat schon oft an dieser Stelle ein bewegliches Konzertprogramm angeklammert, das sich jetzt so vieles in die Konzertkiste hineindrängt, was mit Fug und Recht hätte drauhen bleiben sollen, bis es wenigstens den kleinsten Befähigungsnachweis für das Konzertpublikum erbracht hat. Es gibt aber auch Künstler, die sich noch auf der Höhe wahren und auf das Konto ihrer früheren Vorbereitungen hin gewaltig mit dem alten Kunstwerk klappern, bis der Konzertsaal eine befriedigende Fülle zeigt. Auch diese Spezies ist vom Uebel. So ging's in dieser Woche in einem Konzert, das ein Kammerorchester veranstaltete, der mit allen Mitteln der Erziehung eines überaus punktierten Vortrags frühere Erfolge zu erzielen bemüht war, was ihm aber auch trotz des schneidigen Drills seines Dirigenten, nicht gelang. Ein andres Konzert, der Klavierabend von Wilhelm Bachhaus, hatte ganz andre Erfolge. Hier war haltbarere Kunst, die sich in einer glänzenden Weitergabe bekannter und schöner Klavierwerke kundgab. Eine Chopin-Sonate und Liszt-Musik waren Höhepunkte von Feinheit und Tiefe, wie sie vielleicht nicht so leicht für uns wiederkehren werden.

Ein drittes Konzert fand am Sonntag abend im „Fürstenthor“ statt, gegeben vom Magdeburger Damenchor, Neustädter Arbeiter-Gesangverein und Sudenburger Arbeiter-Kammerchor unter Leitung des Kapellmeisters Fritz Müller v. D. D. D. und Mitwirkung Herrn v. Humal das (Tenor) und Roberta Kamm's (Sopran). Bei der Länge des Programms erübrigt es mir nicht angebracht, auf Einzelheiten näher einzugehen, da diese den Rahmen unserer Besprechungen überschreiten würden. Es sei berichtet, daß die Vorträge im ganzen, trotz der vielen widrigen Umstände, die der Krieg mit sich brachte, ein sehr freundliches Lob verdienen, das aber nicht nur den Vereinen allein ausgesprochen werden, sondern das der neue Dirigent zum guten Teile für seine Arbeit beanspruchen darf. Bei einer überall bemerkbaren Straffheit des Vortrags feierte die umsichtige und mit fortwährender Führung des Dirigenten ihre Triumphe, selbst wo das Tempo Mäßigung und Zurückhaltung gebot. Gleichzeitig erwies sich Müller v. D. D. D. als ein recht schätzbare Pianist, besonders im zweiten Teile des Programms. Dieser brachte eine Reihe von seinen Gesangsstücken, die den warmblütigen, gereift empfundenen und modernen Musiker legitimierten. Herr von Humal das, der schon in Brede's „Glocke“ die Soli, dank einem starken, hingebenden Material mit vernehmbarstem Erfolg gesungen hatte, war auch hier der geeignete Vermittler. Schätzliche sei auch noch der sichtlich und eindrucksvollen Rezitation Roberta Kamm's gedacht. Starke und anhaltende Schlußbeifall mag den Veranstalter und Mitwirkenden den Beweis erbracht haben, daß das außerordentlich glänzlich beachtete Konzert die beabsichtigte künstlerische Wirkung gefunden hat und daß die Hörer weiteren Neuerungen der Kunstbesprechungen der drei Vereine mit Interesse entgegensehen.

### Mitteilungen der Direktoren.

**Stadttheater.** Heute Dienstag: „Simon von Sencis“, Hermit, „Compelia“, Donnerstag (zum erstenmal): „Barbara Slobin“, Freitag: „Die toten Väter“, Sonnabend: „König“, Sonntag: „Othello“ (Oper). — **Wilhelm-Theater.** Die für Montag angekündigte Vorstellung von der Müllerschen Operette „Der Bettelstudent“ ist zum Bedauern für Auguste Richter.

**Stadt. Dräger.** Mittwoch, 13. März, abends 7 Uhr Konzert 4. A. im Stadttheater. Zeit: Stadt. Kapellmeister Dr. Robl. Solist: Kam. S. Jentsch (Baß), Mannheim. Defenst. Hauptv. vom 11. Uhr. Bach. Einj. Dr. Dur. Jansen. Einj. C. Hoff. Kam. Eintrittskarten bei Heinrichshofen u. a. d. Theaterkasse. **Deutscher Kammerchor.** Dienstag den 12. März, abends 8 Uhr, im Café Friedrich Disputation über „Das Problem der Witterungsveränderung“.

## So wahr mir Gott helf!

Eine Bauerngeschichte aus dem Lannus von Fritz Kibel.

(1. Fortsetzung.) (Achtung! Verstehen!)

Kein — es mußte etwas ganz Besonderes sein, was den Vater zu dem soft menschlichen Einsiedler gemacht hatte. Lebte er doch nur ganz für sich und seine Angehörigen, ohne jemals Annäherung an seine Mitbürger zu suchen. Ja es schien fast, als ginge er mit ängstlicher Vorsicht den Leuten aus dem Wege — kein Wunder deshalb, daß ihn das ganze Dorf nicht und nur den oberflächlichen Verkehr mit ihm pflegte, wie er sich aus dem Zusammenleben in einem Gemeinwesen ergibt. Dabei war der Vater durchaus nicht menschenfeindlich; im Gegenteil war er stets bereit, einem in Not Geratenen helfend beizustehen, ohne dabei viel Aufhebens von seiner Hilfsleistung zu machen. Alle Armen des Dorfes fanden bei ihm, dem vermögenden Manne, eine immer zum Leben bereite Hand; das Gesinde im Hause wechselte fast nie und bestand zum Teil aus Leuten, die schon bei Georgs Großeltern in Diensten gewesen waren. Dabei war das väterliche Ansehen mit dem städtischen Haus und den angesehenen Ländereien eins der bedeutendsten im Dorfe und wurde auf das musterhafteste bewirtschaftet — kurz, es fehlte nichts daran, daß der Vater als einer der Ersten im Dorfe gegolten hätte, und dennoch nahm er diese eigenartige Sonderstellung ein!

Georg hatte während seiner dreijährigen Dienstzeit oft über diese Verhältnisse nachgedacht, ohne zu einem aufklärenden Schluß zu kommen. Ob noch alles zu Hause beim alten war? Würde es ihm mit seiner heiteren Auffassung des Lebens gelingen, einen frohlicheren Geist in die ihm so lieben Räume des Vaterhauses einzuführen und das unbekante Gespenst, welches das Leben der Eltern verdußerte, zu bannen? Jedenfalls wollte er dazu alles tun, was in seinen Kräften stand — so wollte er vor allem dem Vater die Hauptlast der täglichen Sorgen und Mühen abnehmen, damit sich die Eltern etwas bessere Tage machen konnten.

Mit diesem Entschluß faßte der Burche das mit buntem Bande geschmückte Reiseristenstöckchen fester und fuhr damit pflegend durch die Luft, indem er sich nochmals nach der Richtung umwandte, aus welcher er gekommen war.

Die Glut des Abendrots war in ein mattes Violett übergegangen, in welchem es noch hier und da rosig schimmerte; tiefer waren die Schatten in den Tälern geworden und weißlich stiegen langstreichige Nebelgebilde aus den unterhalb des Lindenkopfs liegenden Wiesengründen nach der Höhe empor. Der melodische Klang einer Glocke aus dem Goldschloßtal verließ der friedvollen Abendstimmung die richtige Weihe — unwillkürlich löstete Georg die Soldatenmütze. War es ihm doch, als rufe ihm die Heimat mit dem so bekannten und so lange nicht vernommenen Töne der Abendglocke einen freundlichen Willkommengruß zu. Noch verhielt er seine Schritte und schaute die Straße zurück, welche er gekommen war. „Ruhig sich dort nicht eine menschliche Gestalt? Diese vorgeneigte Haltung, den langsamen, etwas tastenden Gang sollte er doch kennen! Richtig — das war ja das alte Lötchen! Wie merkwürdig der Zufall spielte, daß derjenige, welcher ihm beim Abschied vor drei Jahren das Geleite gegeben hatte, ihm auch jetzt wieder bei der Heimkehr als der erste Bekannte begegnete.

Freudig bewegt streckte Georg dem näher gekommenen alten Manne die Hand entgegen und begrüßte den Verwunderten mit den herzlichsten Worten:

„No Lötche, immer noch bei der Hand? Wie geht's?“

„Ruhig sich mich doch uff des Gesicht besinne,“ erwiderte der Angeredete, indem er zögernd die dorzgehobene Hand ergriß. „Gott's Bunner, jeh fern ich, mich ans! Des Bergers Schorich? Gott, host Du Dich aber eranzgewonne bei de Preise! Gatt ich Dich doch, mei Lewebeag nit gekennt, wenn Dein Vater mit de Daz gesagt hätt, daß sein Schorich haom kam! No, wie hot Dir's gefalle, Schorich, und wie geht Dir's? No — brauch ich zu froge, wie Dir's geh! Gewanne wie en Baam, jung un gesund — des oanzig Kind von vermögende Zeit — was willst Du mehr?“

„No, es is zum Anshalle,“ erwiderte Georg, indem er langsam an der Seite des Greises dahinschlitt. „Bei de Dragoner wor's grad so übel nit! E hart Schur is es

jo gewese, aber ich hab's ganz jut dorchgejeht! Bin Gefreiter wor'n!“

„Awer geschad hot Dir die hart Schur nit, nochdem wie Du ansiehst!“ meinte Lötchen. „Gott, wie die Zeit vergeht! Sein schon drei Johr erim (herum), seitdem wir gange sinn zusamme noch der Station. Ueber Dein Vatter habe mer gered — wascht Du's noch, Schorich? E braver Mann, Dein Vatter, Schorich — e richtiger Mann, der wo lebt und lewe läßt! Nach ich doch schon Geschäfte mit ihm an die dreißig Johr! Nach ich gern Geschäfte mit ihm, Schorich — gern jag ich Dir! Bei dem geht alles glatt un sauber, do werd unjraanner nit belurt (betrogen) un es werd aam nit abgezwaht wie von de annern Bauere — do kriecht mer sei Caah richtig wie sich's jehört und kriecht sei Geld uff de Dag, wenn mer aam zu fordern hot! Müß mer sich doch freie bei dene jähliche Zeite, wenn mer's mit Zeit zu tun hot, die wo aam en kaane Revach berginne! Gott, was hot mer als sei Kreis mit dene Bauere! Kaaff mer 'n die Frucht ab un sie werd nochher wohlteiler (billiger), dann haacht's: Gud, uff des Lötche kann mer sich verlasse! Schlagt se awer uff — dann freische je: Der jähliche Jud hot mich wider gemacht (betrogen) — grad als wenn unjraanner alles misse könn! Do is Dein Vatter en ganz annerer Mann, Schorich, do —“

„Is denn de Vatter immer noch in sein Laadmit, Lötche, oder is er als e biße munterer?“ unterbrach Georg die wie ein Bräunlein plätschernde Rede seines Gefährten. „Sie misse doch noch — wir haome domols davon gered, wie ich zu de Soldate gange bin.“

„Soll ich Dir e F for e U vormache un soll jaze: er is jeh annericht? Raa, Schorich — es is immer noch dieselb Geschicht! Jed Wort muß mer ihm abfaaje! Rache hob ich ihn nit mehr gejehe, seit er en ganz junger Burich gewese is, un er hätt doch alle Urjach dezu! Got er nit alles, was sei Gatz begehre kann? E gut Fraa, en brave Sohn, e schuldreter Haus un Aeder so viel un so jut wie mit aamer in ganze Ort! Dabei is er gesund un doch mecht er immer e Geschäft wie drei Dag Regemetter! No — vielleicht werd er jeh annericht, wenn Du behaamt bist — so e jung Nit wie Du bringt e ganz anner Lewe in e Haus!“

(Fortsetzung folgt.)



